



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

P/XV/101 - 3. Mai 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Sperrfrist bis Mittwoch,  
den 4. Mai 1960, 24 Uhr

	<u>Der Alpdruck der CDU</u>	105
	Von Waldemar von Knoeringen, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	
	+ + +	
4	<u>Istanbul</u>	27
	Der Westen und die Gipfelkonferenz	
4	<u>Der Appell der Vertriebenen</u>	22
	Recht auf Heimat und Selbstbestimmung	
5	<u>62 000 Wohnungen 1959 in Niedersachsen gebaut</u>	38
	Aufbauleistung der Regierung Kopf	
6	<u>Am Anfang war - das Zählen</u>	46
	UNO hilft bei Zählung der Weltbewohner	
	Von Bruno Kuster, Genf	
7	<u>Kein Geschäft mit Rübezahl</u>	46
	In den schlesischen Bädern fehlen die Auslandsgäste	

\* \* \*  
\* \* \*

3. Mai 1960

Sperfrist bis Mittwoch,  
den 4. Mai 1960, 24 Uhr

### Der Alpdruck der CDU

Von Waldemar von Knoeringen,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Der CDU-Parteitag ist vorüber. Das Ergebnis von Karlsruhe wird in den nächsten Wochen und Monaten auch die deutsche Sozialdemokratie beschäftigen. Das Thema des CDU-Parteitages, "Der Mensch in der modernen Gesellschaft", ließ hoffen, daß endlich auch die CDU bereit sein wird, in einer den demokratischen Parteien geziemenen Form mit der SPD über die Bedrückung des Menschen durch Totalitarismus und Technik zu diskutieren.

Seit 1954 erörtert die SPD alle Probleme der zweiten industriellen Revolution. Sie standen im Mittelpunkt des Parteitages 1956 in München und des Parteitages 1958 in Stuttgart. Das 1959 angenommene Godesberger Programm ist das Ergebnis dieser Bemühungen. Um so erwartungsvoller richtete die SPD ihre Blicke auf den CDU-Parteitag.

Es muß anerkannt werden, daß unter den Rednern des CDU-Parteitages vor allem Professor Erhard und Dr. Gerstenmaier in ernsten und sachlichen Beiträgen sich mit gesellschaftspolitischen Grundfragen auseinandersetzten. So hat Prof. Erhard in Karlsruhe festgestellt: "Jede freiheitliche Ordnung muß davon ausgehen, daß die Freiheit ein Ganzes und Unteilbares ist, bei der sich zur politischen, religiösen, wirtschaftlichen und geistigen Freiheit die ursprünglich menschliche Freiheit in allen Lebensbereichen gesellen muß... Aus all dem folgt, daß in der künftigen Entfaltung der Sozialen Marktwirtschaft gesellschaftspolitische Probleme gleichrangig neben die ökonomischen treten werden".

Sechs Monate vor der Karlsruher Rede Prof. Erhards wurde im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD betont:

"Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern. Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrohen... Freiheit und Demokratie in der industriellen Gesellschaft sind nur denkbar, wenn eine ständig wachsende Zahl von Menschen ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit ist".

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Dr. Gerstenmaier, führte in Karlsruhe aus: "Ich glaube, daß man von einer neuen Epoche des Weltkommunismus reden darf. Auch die Sowjets haben erkannt, daß der Krieg, jedenfalls der große Krieg, sowohl als Mittel der nationalen Politik wie der Weltrevolution, bei dem bestehenden Gleichgewicht des Schreckens sinnlos geworden ist... Die große Kampfansage unserer Zeit ist also nicht mehr nur: Wer hat die größeren Kanonen? Sondern sie heißt: Wer bietet der Masse mehr: die freie Welt und ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, oder der Kommunismus?"

Drei Monate vor Dr. Gerstenmaier wurde in der SPD-Dokumentation erklärt:

"Die Sowjetunion weiß, daß - zwischen den Weltmächten - Krieg aufgehört hat, das entscheidende Mittel zur Errichtung der Vorherrschaft zu sein. Infolgedessen verlagert sich das machtpolitische Ringen auf andere Ebenen. Die volle Entfaltung der geistigen und wirtschaftlichen Leistungskraft eines Volkes, seine naturwissenschaftlich-technische Leistung, die Entwicklung seiner Produktion, die Steigerung des Lebensstandards, der Bildungsstand, die Geschlossenheit des politischen Willens, die ideologische Orientierung, die Identifizierung des Menschen mit dem ihn umgebenden gesellschaftlichen System, die propagandistische Beeinflussung der Massen im gegnerischen Lager, all das sind heute entscheidende Elemente der Machtpolitik".

So anerkennenswert es ist, daß zwei führende Männer der CDU den Mut haben, Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie zu übernehmen, so unzureichend sind die Konsequenzen, die Prof. Erhard und Dr. Gerstenmaier aus ihrer Gesellschaftsanalyse gezogen haben. Beide haben nicht den Mut, der Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts ganz in die Augen zu sehen, beide glauben, man könne die Probleme des technischen Zeitalters mit den Vorstellungen der Subsidiarität aus dem 19. Jahrhundert bewältigen.

Doch wären die Ausführungen der beiden prominenten CDU-Politiker durchaus geeignet, den großen demokratischen Parteien der Bundesrepublik, der CDU und SPD, als Diskussionsgrundlage zu dienen. Diese Diskussion wird kaum stattfinden. Die souveräne Starrheit des 84jährigen Dr. Adenauer hat diese Hoffnung zerstört. Die Versuche Dr. Gerstenmaiers, zu einer sachlichen und ernsten Beurteilung unserer Lage zu kommen, betrachtet er als Belastung. Sein politisches Denken wird

ausschließlich von wahlstrategischen Gesichtspunkten beherrscht. Für ihn geht es nicht um Politik als Mittel zur Bewältigung der Zukunft, für ihn geht es um nackte Macht: Macht um der Macht Willen. Diese Gedanken bestimmen sein politisches Handeln. Deshalb der Griff nach dem Fernsehen. Mit dem Blick auf die Wahlen unterdrückte er in Karlsruhe jede geistige Regung seiner Partei, brachte er die Forderungen des Arbeitnehmerflügels in der CDU zum Schweigen, verlangte er die bedingungslose Unterwerfung unter seine Wahlkampfführung.

Die CDU hat sich unterworfen. Sie beugt sich dem Willen ihres Vorsitzenden. Das Dilemma der CDU wird dadurch nur größer. Sie beraubt sich der Fähigkeit des politischen Handelns. Wie ein Alpdruck lastet Dr. Adenauer auf der CDU.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiß was sie will. Sie weiß, daß Dr. Adenauer ein Mann der Vergangenheit ist, daß sie bereit sein muß, die CDU als Regierungspartei abzulösen. Wir Sozialdemokraten sind bereit. Wir haben uns nicht nur seit sechs Jahren mit den Problemen der modernen Industriegesellschaft auseinandergesetzt, wir haben auch vor der CDU erkannt, daß der Kampf um eine neue Welt nicht mit den Waffen des Krieges, sondern in den Fabriken, Schulen und Universitäten entschieden wird. Die Sozialdemokratie hat begriffen, daß es bei wachsenden materiellen Wohlstand darum geht, dem Totalitarismus in jeder Form die bessere menschliche Ordnung gegenüberzustellen, und sie ist überzeugt, daß diese bessere menschliche Ordnung nur verwirklicht werden kann durch eine soziale Demokratie.

Die SPD hat sich in Godesberg nicht nur ein neues Programm gegeben. Abseits aller politischen Aktualitäten vollzieht sich in der Sozialdemokratischen Partei ein Strukturwandel. Immer deutlicher wird er sichtbar. Der Jugend, die zur Verantwortung bereit ist, werden die Tore geöffnet. Während die CDU in alten Formen verharret, geht es der Sozialdemokratie um einen neuen Stil in der Politik. Heute wird die Auseinandersetzung geführt zwischen einer im Konservativen erstarrten CDU und einer der Zukunft zugewandten SPD.

Istanbul

sp - Die NATO-Außenminister, die in Istanbul zusammentrafen, sind sich - wie es in einer Communiqué heißt - "über Deutschland und Berlin einig". Sie wollen den westlichen Regierungschefs für die Gipfelkonferenz empfehlen, diese sollten Herrn Chruschtschow in Paris vorschlagen, in ganz Deutschland eine Volksabstimmung durchzuführen, bei der sich die Deutschen grundsätzlich dazu äußern sollen, ob sie die westlichen oder die sowjetischen Vorstellungen über den Weg zur Wiedervereinigung gutheißen. Ferner soll bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Status von Berlin in Paris nur über die Ausübung der alliierten Rechte in der deutschen Hauptstadt diskutiert werden. - Schon die ersten Verlautbarungen aus Konferenzkreisen in Istanbul besagen, man rechne nicht damit, daß die Sowjets einem solchen Vorschlag, besonders dem der Volksabstimmung in ganz Deutschland, zustimmen würden. Was Berlin anbetrifft, so scheint die Hoffnung auf weitere Gespräche bei gleichzeitiger Bestätigung des jetzigen Status zu bestehen. Da man jedoch weiß, daß Chruschtschow den gesamten Komplex der zukünftigen Ost-West-Beziehungen, die Frage der Abrüstung - der globalen und der begrenzten - vorbringen wird, bleiben die Erklärungen der NATO-Außenminister zwar erfreulich, aber doch nur platonisch. Es erweist sich erneut, daß die Proklamationspolitik der großen Konferenzen zwar dazu geeignet sein mag, Grundsatzforderungen der einen oder anderen Seite aufzustellen und gegeneinander abzuwägen, daß jedoch die praktische Politik immer mehr von den Entscheidungen der direkten Gespräche der Regierungschefs abhängt. So wird man denn auch das Ergebnis von Istanbul kaum anders zu werten haben, als eine an sich erfreuliche Bestätigung der westlichen Solidarität, deren praktische Bedeutung sich jedoch erst auf der Gipfelkonferenz selbst erweisen muß.

+ + +

Der Appell der Vertriebenen

sp - Vierzehn Tage vor der Gipfelkonferenz, von deren Verlauf für unser Volk so viel abhängt, haben sich auch Vertriebene und Flüchtlinge durch ihre gewählten Vertreter in den Landtagen und im Bundestag zu Worte gemeldet. Zum ersten Male tagte in Bonn so etwas wie ein Parlament der Vertriebenen, das sich wohl darauf berufen konnte, die Repräsentanz aller Vertriebenen und Flüchtlinge zu sein. Die Hauptsprecher wie auch die Debattenredner widerstanden der Versuchung, einander an Forderungen zu übertrumpfen, welcher Partei sie auch immer angehörten. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Die Lage, in der wir uns als geteiltes Volk fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch befinden, verbietet jede Art von außenpolitischer Hochstapelei. Im großen und ganzen hat sich, das zeigen ja auch die Entschlüsse, die Linie der Besonnenen und Weitblickigeren durchgesetzt. Im Schicksal der Vertriebenen spiegelt sich das Schicksal des ganzen Volkes. Die Vertriebenen können gewiß nicht den Anspruch auf eine Sonderpolitik erheben, aber wohl darauf, daß sie innen und außen gehört werden. Mit den Waffen des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes, Grundgut aller demokratischen Parteien, läßt sich schon für eine bessere, den Frieden und der Einheit unseres Volkes dienende Zukunft kämpfen. Die Durchsetzung dieser Rechte bleibt die Aufgabe der Politik. Ihre Verwirklichung bedroht niemanden, sie schafft erst die Grundlage für ein von Kriegsfurcht befreites Europa.

+ + +

62 000 Wohnungen 1959 in Niedersachsen gebaut

E.P.- Hannover

Das Streben der niedersächsischen Landesregierung, trotz mancherlei Finanzierungsschwierigkeiten, der Wohnungsnot Herr zu werden, wurde im vergangenen Jahr besonders deutlich. Nach bisher vorliegenden Ergebnissen sind in Niedersachsen im Jahre 1959 rund 62 000 Wohnungen vollendet worden. Um 21,7 v.H. wurde damit das Wohnungsbauvolumen des Vorjahres übertroffen. Daß dagegen die Zahl der im sozialen Wohnungsbau erstellten Wohneinheiten von 34 100 im Jahre 1958 auf 29 200 im vergangenen Jahr abgenommen hat, kommt nicht auf das Minuskonto der niedersächsischen Landesregierung.

Vor allem ist dieser Erfolg darauf zurückzuführen, daß das 1958 angelaufene besondere Förderungsprogramm im Wohnungsbau für Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone um die Mitte des Jahres 1959 abgeschlossen war.

Niedersachsen hat auf der wohnungsbaupolitischen Ebene in den vergangenen Jahren schon vorbildliche Leistungen vollbracht. Das Land an der Zonengrenze war dem Strom von Vertriebenen und Flüchtlingen mit am stärksten ausgesetzt. Noch sind nicht alle Baracken aus den ersten Nachkriegsjahren beseitigt, - noch befindet sich in den Lagern ein gewisser "sozialer Überhang", für den mit dem besten Willen bei der oft als sinnlos bezeichneten "Töpfchenwirtschaft" im Wohnungsbau keine öffentlichen Wohnungsbaumittel flüssig gemacht werden.

Ein weiteres Problem, das aus dem Förderungsprogramm für Sowjetzonenflüchtlinge entstanden ist, ist der Mietpreis. SBZ-Flüchtlinge sind oft nicht in der Lage, die durch die Bestimmungen aus Bonn festgelegten Mietpreise zu übernehmen. Die Folge war schon in Städten mit besonderer Wohnungsnot leerstehende Wohnungen. Sie zu belegen und gleichzeitig auch SBZ-Flüchtlinge zu befriedigen, war mitunter nur über einen komplizierten Ringtausch möglich, deren Genehmigung nicht bei Kommunal- und Landesbehörden liegt.

Wenn es trotzdem im Wohnungsbau gelang, die Zahl der 1959 in Niedersachsen erteilten rund 69 000 Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahr um 9,8 Prozent zu steigern, dann ist das ein besonderer Beweis für den Aufbauwillen der niedersächsischen Bevölkerung mit ihrer Landesregierung unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hinrich-Wilhelm Kopf. Etwa 65 000 noch nicht fertiggestellte Wohnungen wurden am Jahresende 1959 als Bauüberhang in das Jahr 1960 übernommen. Es kann deshalb auch im laufenden Jahr mit einem verhältnismäßig hohen Wohnungsbauergebnis gerechnet werden. + + +

Am Anfang war - das Zählen

Von Bruno Kuster, Genf

Die Grundlage jeder Staatspolitik ist eine wenigstens annähernd genaue Kenntnis der Einwohnerzahl eines gegebenen Landes, der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, der Art und Weise der Beschaffung des Lebensunterhaltes usw. Jedoch gibt es noch Regierungen, die nicht wissen, ob sie über ein Volk von zehn oder zwanzig Millionen Seelen gebieten! Das moderne Zeitalter kann sich aber mit derart großzügigen Schätzungen nicht mehr zufrieden geben. Vor allem auch die jungen Staaten müssen wissen, wieviele Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wieviele Menschen ernährt werden müssen, wieviele Schulen benötigt werden.

Gegenwärtig ist deshalb in der ganzen Welt eine Volkszählung im Gange, die insgesamt 202 Länder und Gebiete erfaßt. (Die bisher umfangreichste Zählung des Jahres 1950 erstreckte sich über etwa 130 Länder). Bis jetzt konnte die Zählung in 68 Ländern beendet werden; in 134 muß sie bis 1964 noch durchgeführt werden.

Die Vereinten Nationen leisten bei der Durchführung dieser Aktion auf Wunsch technischen Beistand. Ihre Empfehlungen haben die sehr nützliche Nebenwirkung, daß die Methoden der Zählung und der statistischen Auswertung von den gleichen Prinzipien ausgehen, so daß die Ergebnisse in großem Ausmaß internationale vergleichbar sein werden.

Wer schon in einem zivilisierten Land an einer Volkszählung mitwirkte und dabei seine ganze Energie aufwenden mußte, um herauszufinden, wieviele Familien und Einzelmietler nun eigentlich in einem verwinkelten Altstadthaus wohnen, kann sich eine Vorstellung davon machen, mit welchen abenteuerlichen Schwierigkeiten die Zählbeamten zu kämpfen haben, bis sie in einem Steppengebiet alle Nomaden zu Papier gebracht haben! Oder in Hongkong, wo zahllose Familien auf Fischerbooten wohnen, die das ganze Jahr über irgendwo unterwegs sind, wurde beschlossen, die Zählung am chinesischen Neujahr durchzuführen, da dann alle Fischer an Land gehen, um das Fest zu feiern.

Auf Borneo können die meisten Siedlungen nur zu Fuß oder im Boot erreicht werden. Dazu kommt noch, daß die Siedlungen je nach der Jahreszeit tief im Urwald liegen oder in einer Lichtung. Man muß sie also zuerst einmal finden. In Indonesien müssen 3 000 Inseln angegangen werden, um eine Bevölkerung zu erreichen, die zahlreiche, sehr verschiedene Dialekte spricht.

Die Hilfe der UNO erstreckt sich auf die Entsendung von Fachleuten, auf Gewährung von Studienstipendien und auf die Erteilung von Ratschlägen. So führen verschiedene Länder zuerst eine Probezählung durch, um festzustellen, ob die gestellten Fragen leicht verständlich sind. Auf diese Weise können noch Verbesserungen vorgenommen werden, bevor ein riesiger Apparat in Bewegung gesetzt wird. Auch empfiehlt die UNO den Ländern, die zum ersten Male die Häupter zählen, sich auf ganz wenige elementare Fragen zu beschränken. Es scheint, daß sich die internationale Zusammenarbeit wenigstens auf dieser praktischen Ebene ausgezeichnet bewährt.

### Kein Geschäft mit Rubezahl

R.E. - Vielleicht - so hofft man derzeit in Warschau - wird es im kommenden Sommer endlich gelingen, die ersten Reisegesellschaften aus den skandinavischen Ländern zu einem Besuch der Ostseebäder zu veranlassen. Mit diesem Besuch kalkuliert man nun schon seit einigen Jahren, aber man hat dann immer wieder am Schluss der jeweiligen Saison einsehen müssen, dass man den Auslandsgästen "eigentlich" keinen Komfort, nicht ausreichende Unterkünfte und nicht einmal die Sicherheit einer regelmässigen Verpflegung hätte bieten können. Die Hoffnungen dieses Jahres basieren auf der Annahme, dass die skandinavischen Gäste bereit sein werden, die in den letzten Monaten vorbereiteten Zeltplätze an einigen für sie besonders attraktiven Punkten der Ostseeküste, so vor allem auf der Insel Wollin und in der Danziger Bucht, zu benutzen.

Bei den schlesischen Kurorten dagegen gibt man sich nur sehr vagen Erwartungen hin. Zwar ist es bis auf einige Ausnahmen dem Touristenverband und dem für den Fremdenverkehr zuständigen Warschauer Stellen gelungen, die Urlaubsorganisation der Gewerkschaften zu bewegen, endlich Kurhäuser und Pensionen freizugeben, die sich für die Aufnahme von ausländischen Besuchern eignen. Aber mit der neuen Einrichtung dieser Häuser hat es bisher nicht überall geklappt, und es kostet und kostet auch Mühe, einwandfreie Gaststätten sowie Aufenthaltslokale für ausländische Ansprüche einzurichten. Man hat die verschiedenen schlesischen Bäder und Kurorte durch Fachleute - zumeist Ärzte oder Ärztinnen - auf ihre Verwendbarkeit für Ausländer untersuchen lassen und hat dabei keine erfreulichen Feststellungen machen müssen.

Sehr schlecht ist auch das bisherige Geschäft mit Ausländern im Riesengebirge, obwohl seit Jahren schon eine intensive Werbung, insbesondere unter den Amerika-Polen betrieben wird, den "Nationalpark" Riesengebirge" und seine Kurorte zu besuchen. Unmittelbar vor Beginn der neuen Saison haben sich in Niederschlesien der polnische Touristenverband und die zuständigen Gebietstellen für den Fremdenverkehr mit der Frage befasst, ob der Aufbau der Besucher-Einrichtungen seit dem Vorjahr Fortschritte erzielt hat. Auch dabei (und nicht nur in gelegentlichen Berichten der Presse) war der Einwand zu hören, daß der Name "Nationalpark Riesengebirge" allein nicht genüge, um ausländische Gäste zum Besuch zu veranlassen. Man müsse diesen Besuchern das bieten, was sie auch sonst bei Auslandsfahrten vorzufinden gewohnt seien.

Das Warschauer Regime scheint auf die Dauer ausserstande zu sein, für die Bäderorte und Fremdenverkehrszentren in Schlesien sowie für die Bauden im Riesengebirge laufend Zuschüsse zu zahlen. Der Hinweis, dass Schlesien "früher" am Fremdenverkehr gut verdient hatte, ist leider nur zu berechtigt. "Wenn nur endlich die Ausländer kämen!" bleibt auch weiterhin ein Stoßseufzer, der solange keine Verwirklichung erfahren wird, als die nach dem Kriege oft sinnlos vertanen Voraussetzungen fehlen, die man zu schaffen heute Millionensummen erfordert.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel